

## Zusatzantrag zum Antrag „Eine neue Rektorin für alle Studierenden“

### Die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien möge beschließen

- Streichung der Forderungspunkte 1, 2, 4, 6
- Die ÖH Uni Wien fordert öffentlich per Pressemitteilung und Posting(s) die Bestellung einer FLINTA\*-Person als neue\_n Rektor\_in der Universität Wien.
- In der gleichen Pressemitteilung und dem/den Posting(s) wird die Mitsprache der Studierenden bei der Auswahl des neuen Rektors bzw- der neuen Rektorin gefordert. Dabei wird darauf geachtet, dass der\_die neue Rektor\_in sich zu dem freien und offenen Hochschulzugang bekennt und sich mit folgenden Zielen und Visionen identifiziert: Förderung von Diversität, Soziale Absicherung der Studierenden, Queer-Feminismus, Studierendennähe, Qualität der Lehre, gegen Bildungsökonomisierung und für ökologisch-nachhaltige Universitätsentwicklung.
- Das Vorsitzteam der ÖH Universität Wien setzt sich gegenüber dem Senatsvorsitz und dem Universitätsrat dafür ein, dass:
  - Es öffentliche Hearings der Bewerber\_innen gibt, an denen alle Studierenden teilnehmen können
  - Das weitere Senatsmitglied der Findungskommission gem. §23a (1) Z2 UG 2002 ein Mitglied der studentischen Kurie im Senat ist.
  - Die Erstellung des Dreivorschlags und die Wahl der letztendlichen neuen Rektorin vom Dreivorschlag nach folgenden Themenschwerpunkten erfolgt: Diversität, Soziale Absicherung der Studierenden, Queer-Feminismus, Studierendennähe, Qualität der Lehre, gegen Bildungsökonomisierung und für ökologisch-nachhaltige Universitätsentwicklung.
- Die ÖH Uni Wien tritt zum Thema „Neue Rektor\_in“ in die Öffentlichkeit in Form von einer Pressemitteilung und Posting(s) auf Social Media mit folgenden Punkten:
  - Forderung der Bestellung einer FLINTA\*-Person als neue\_n Rektor\_in
  - Forderung nach Mitspracherecht von Studierenden und öffentlichen Hearings der Bewerber\_innen
  - Die\_der neue Rektor\_in soll für einen freien und offenen Hochschulzugang einstehen, sich gegen die fortschreitende Bildungsökonomisierung aussprechen und sich für die Abschaffung von Aufnahmeprüfungen und allen Studiengebühren, aber vor allem der rassistischen, doppelten Studiengebühren für Menschen ohne EU-EWR-Pass, einsetzen